Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 20 Pfg. Alle Postanstalten, Briefträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Beilage- und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Angebots- und Preisannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 46. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Dienstag den 24. Februar 1925**

Reichstag und Ruhrkredite.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Vor ein paar Tagen hat der französische Finanzminister mitgeteilt, daß er bei der Reparationskommission Protest einlege dagegen, daß die deutsche Regierung an die Ruhrindustriellen Entschädigungssummen für die Verluste der deutschen Betriebe während des Ruhrkampfes auszahle. Bekanntlich hat die frühere deutsche Regierung Marx-Stresemann-Luther mit dem Ruhrbergbau, den chemischen Werken und dem Wirtschaftsausschuß der besetzten Gebiete als der Vertretung der Einzelfirmen im Rhein- und Ruhrgebiete Entschädigungsverträge abgeschlossen, die nun im Reichstag auf schärfsten Protest gestoßen sind und deren Überprüfung durch einen besonderen Untersuchungsausschuß des Reichstages in der letzten Sitzung beschlossen worden ist. Bei dieser Gelegenheit hat man natürlich die ganze Affäre schärfster Kritik unterzogen, weil man bei den Demokraten und Sozialdemokraten, übrigens auch bei einzelnen Teilen des Zentrums der Ansicht ist, daß die Auszahlung der Ruhrkredite zu einer einseitigen Bevorzugung der Schwerindustrie, also der großen Betriebe, geführt habe, außerdem das Etatsrecht des Reichstages gröblich verletzt worden ist. Der demokratische Redner erklärte, daß das deutsche Volk nicht neben den hohen Steuern auch noch 700 000 000 Mark an die Ruhrindustrie zahlen wolle, damit die Schwerindustriellen an Ruhr und Rhein noch Gewinne aus dem Kampf mit den Einbruchsmächten erzielen dürfen.

Dem ist der Reichsaußenminister Dr. Stresemann sofort entgegengetreten, und zwar deswegen, weil er Ministerpräsident war, als die grundlegenden Verträge mit den Ruhrindustriellen abgeschlossen wurden. Ferner hat auch der Reichskanzler Dr. Luther in ausführlicher Weise zu der ganzen Angelegenheit Stellung genommen. Stresemann stellte vor allem in den Vordergrund, daß die Zusage der deutschen Regierung an die Ruhrindustriellen, die Schäden, die sie durch den französischen Einbruch erlitten haben, wieder zu ersetzen, eine Hilfe in allerhöchster Not bedeutet habe. Bekanntlich hat Hugo Stinnes damals an den Reichskanzler Dr. Stresemann ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt, die Leiter der großen deutschen Stahl- und Kohlenbergwerke sähen sich genötigt, mit der Micum in Unterhandlungen einzutreten, die ihnen die Wiederaufnahme der Arbeit für Millionen deutscher Arbeiter ermöglichen, aber man könne gar nicht absehen, welche politischen Folgen eine derartige Verhandlung nach sich ziehen würde. Dr. Stresemann hat wieder im Reichstag ausdrücklich gesagt, daß nicht nur das gesamte Kabinett, sondern auch die zur Beratung herangezogenen preußischen Minister von der Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu der Entschädigungsaktion der Reichsregierung an die Ruhrindustrie gegeben haben. Die entscheidende Sitzung habe am 1. November stattgefunden, also zwei Tage, bevor die sozialdemokratischen Mitglieder ausgetreten sind. Von sozialdemokratischer Seite wird allerdings das Gegenteil behauptet.

Die ganze Angelegenheit der Ruhrkredite kommt jetzt aus der Plenarverhandlung des Reichstages heraus und in die sachliche Beratung eines Untersuchungsausschusses hinein. Wenn man die Arbeit eines solchen Untersuchungsausschusses nicht überschätzen soll, so muß man doch das eine feststellen, daß die ganze Arbeit nicht rein unter dem Gesichtspunkt ihrer parteipolitischen Verwertbarkeit behandelt wird.

Es ist von sozialdemokratischer Seite einmal eine Berechnung aufgestellt worden, daß der ganze Ruhrkampf Deutschland etwa 18 Milliarden gekostet hat. Nicht etwa an Barzuschuß durch die Regierung an die Träger des passiven Widerstandes, sondern an rein volkswirtschaftlichem Verlust der gehemmten Produktion und infolge dessen des fortfallenden Absatzes. Andererseits war ja die Notwendigkeit vorhanden, die fortfallende Produktion durch Bezug aus andern Ländern zu ersetzen. Wenn man die ganze Angelegenheit der Ruhrkredite etwas objektiver zu beurteilen sich entschließen könnte, als leider die „Barmat-Atmosphäre" es zuzulassen scheint, so kann man sich doch jedenfalls der einen Anerkennung nicht verschließen, daß der Standpunkt der Regierung, die wirtschaftlichen Schäden des Einbruches zu ersetzen, ohne weiteres als berechtigt anzuerkennen ist. Immer wieder hebt die Regierung und hob im Reichstag bei der Besprechung der ganzen Affäre auch Dr. Stresemann wieder hervor, daß die ganze Frage der Ruhrkredite nicht so sehr vom wirtschaftlichen als vom politischen Standpunkt zu betrachten sei. Es wird bei der Behandlung der ganzen Affäre gerade dieser Ausgangspunkt viel zu wenig berücksichtigt, obwohl man parteipolitisch von der Rechten bis zur Linken damit völlig einverstanden ist. Worüber man sich entrüstet, ist die angeblich oder wirklich vorhandene Bevorzugung der Schwerindustrie. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß gerade die Verteilung der Entschädigungssummen gar nicht Aufgabe der Regierung war, sondern daß die Regierung mit den Gesamtvertretungen verhandelt und ihnen die Einzelverteilung überlassen hat. Das war auch deswegen notwendig, weil beispielsweise die Regierung 110 Millionen übernommen hat, die vom Kohlensyndikat als Kredit von der Reichsbank empfangen worden waren. Die 726 Millionen Mark, die von der Regierung der Rhein- und Ruhrwirtschaft als Entschädigung zugebilligt worden sind, sind ja keineswegs bar ausgezahlt worden, sondern zum großen Teil in Form von Schatzanweisungen überwiesen worden, die von der Ruhrindustrie als Unterlage für einen ausländischen Kredit verwertet wurden. Denn die Regierung hat sich mit Recht aufs schärfste dagegen gesträubt, daß diese Schatzanweisungen auf den Markt gebracht wurden, weil dadurch der Geldmarkt ungünstig beeinflußt worden wäre, einmal für die bevorstehende 800-Millionen-Anleihe und weil angesichts der damaligen Unsicherheit über das Schicksal der Ruhrindustrie zweifellos ein starker Druck auf die deutsche Anleihe hätte ausgeübt werden können.

Es bleibt also nur übrig, daß der Untersuchungsausschuß feststellt, ob nur die Schwerindustrie in bevorzugtem Maße für ihre Schäden infolge des Ruhreinbruches Vergütungen erhalten hat. Das eine steht aber von vornherein fest, daß nämlich die Regierung bei der Schadenfeststellung sehr starke Abstreichungen bei den Forderungen vollzogen hat, aber mit der Gesamtbehandlung der ganzen Angelegenheit, wobei nicht eine Auseinandersetzung vor Gericht, sondern ein Übereinkommen herbeigeführt wurde, sich gerade im Interesse der deutschen Finanzen einverstanden erklärte. Denn eine gerichtliche Auseinandersetzung hätte zweifellos dazu geführt, daß den Ruhrindustriellen eine volle Entschädigung zugesprochen worden wäre.

Die Unehrlichkeit der englisch-französischen Politik.

Loyd George über den gebrochenen Vertrag.

London, 22. Februar. In ungemein heftiger Weise wendet sich Lloyd George in einem Sonntagsartikel gegen die Weiterführung der Kölner Besetzung. Nach dem von ihm seinerzeit mit unterzeichneten Versailler Vertrag hätte Köln, wie Lloyd George erklärt, im Januar geräumt werden müssen. Die Alliierten suchen nach Entschuldigungen, um sich ihrer feierlichen Verpflichtungen für unbestimmte Zeit zu entziehen. Deutschland sei bisher dem Dawes-Plan, der den Versailler Vertrag umschreibt, getreulich nachgekommen. Die Behauptung, daß Deutschland seine Verpflichtungen im Hinblick auf die Abrüstung nicht erfüllte, sei einer der unehrlichsten Vorwände, die jemals vorgebracht wurden, um aus der Ohnmacht eines Gegners Nutzen zu ziehen. Deutschland sei vollständig entwaffnet; es könnte nicht einmal gegen den kleinsten Balkanstaat Krieg führen. Lloyd George zitiert den im Jahre 1921 im Monat Januar veröffentlichten Bericht des englischen Generalstabes, der auf Grundlage seiner Nachforschungen in Deutschland feststellte, daß die Durchführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages durch die deutsche Regierung befriedigend war und daß das Hauptziel dieser Bestimmungen erreicht wurde. Inzwischen werde Köln auf Grund eines gebrochenen Vertrages weiter besetzt gehalten. Die ganze Angelegenheit, schreibt Lloyd George wörtlich, sieht so niederträchtig aus, daß sie verächtlich wirken müßte. Zur Rechtfertigung dieser verächtlichen Intrigen, deren sich jede große Nation schämen sollte, habe Herriot eine neue Forderung gestellt, die er als moralische Entwaffnung betitelt. Lloyd George wirft Herriot vor, daß er keine Achtung vor Verträgen hätte, und daß Frankreich versuchen müsse, das Vertrauen der Welt wiederzugewinnen. Bezeichnend für die Stimmung in England ist die Schlußbemerkung Lloyd Georges, der feststellt, daß Frankreich versuchen müsse, das Vertrauen der Welt zu gewinnen, und daß es in diesem Augenblick im Begriff sei, seine beiden besten Freunde, Großbritannien und Amerika, sich zu entfremden.

Gegen die Zerstörung der Zeppelinwerft

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 23. Februar. „Matin" meldet aus Washington, daß der Senator Copeland gestern im Senat gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz, die die Zerstörung der Zeppelinwerft vorsieht, protestiert hat.

Die Gemeindewahlen in Thüringen. Bürgerlicher Sieg.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Weimar, 23. Februar. Bei außerordentlich schwacher Wahlbeteiligung, etwa 55 bis 60 v. H., fanden gestern die thüringischen Gemeinde- und Kreiswahlen statt. Nach den bisherigen Meldungen haben die bürgerlichen Parteien einen starken Zuwachs zu verzeichnen. Die Linksparteien haben stark verloren. Vorläufig liegen folgende amtliche Wahlergebnisse vor: Weimar: Linksparteien 9 Sitze, Rechtsparteien 20 Sitze; Gera: Linksparteien 18 Sitze, Rechtsparteien 17 Sitze; Arnstadt: Linksparteien 16 Sitze, Rechtsparteien 16 Sitze; Eisenach: Linksparteien 15 Sitze, Rechtsparteien 19 Sitze; Apolda: Linksparteien 9 Sitze, Rechtsparteien 16 Sitze; Jena: Sozialdemokraten 10 Sitze, Kommunisten 6 Sitze, Bürgerliche 20 Sitze; Gotha: Linksparteien 13 Sitze, Rechtsparteien 23 Sitze.

Ein Dawes-Vorschlag für Frankreich.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 23. Februar. Der „Lokalanzeiger" meldet aus Neuyork: In der nächsten Woche wird sich der Senat mit einer eingebrachten Vorlage befassen, durch die den Banken verboten werden soll, an Länder Anleihen zu geben, die bis jetzt keinen Vertrag über die Regelung ihrer Kriegsschulden mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen haben. Diese Vorlage ist, wie an zuständiger Stelle verlautet, besonders gegen Frankreich und Italien gerichtet. Im offenbaren Gegensatz dazu befürwortet General Dawes in einer Rede vor einer Bankvereinigung in Chicago für Frankreich die Einsetzung einer Dawes-Kommission, die zu bestimmen hätte, ob Frankreich seine Kriegsschulden bezahlen könne oder ob es nicht klüger wäre, ihm die Schulden zu erlassen.

Das Chaos in Preußen.

n. Berlin, 21. Februar.

Das Zustandekommen einer arbeitsfähigen Regierung in Preußen scheint vorläufig in unabsehbare Fernen gerückt zu sein. Zu dieser wenig erfreulichen Schlußfolgerung kommt man wenigstens bei einer Durchsicht der nach dem Sturze von Marx laut werdenden Parteistimmen. Von der Rechtspresse wird entschieden das unveränderliche Verharren bei den bisherigen Richtlinien angekündigt, also kein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, während gegen eine neue Ministerpräsidentschaft Marx unter Einhaltung dieses Prinzips bei der Ministerauswahl kaum etwas eingewendet wird. In jedem anderen Fall ist man für Neuwahlen. Beim Zentrum herrscht jedoch zurzeit Kampfstimmung und es wird stark hervorgehoben, daß der Versuch wiederholt werden soll, Marx Anfang März wiederzuwählen, damit er mit dem gleichen Kabinett wie jetzt erneut vor den Landtag trete. Also einfach eine Neuanlage der letzten Ereignisse. Wie weit die Erregung bei der Zentrumspartei geht, ist aus dem Ausschluß der beiden Abgeordneten Loenartz und von Papen, von der Partei zu ersehen, der bereits vollzogen worden ist, weil sie auch diesmal der Abstimmung für die Regierung sich enthielten. Die geforderte Mandatsniederlegung hat Herr von Papen jedoch abgelehnt. Die Demokraten erlassen einen Aufruf an die Wähler, in dem die Deutsche Volkspartei beschuldigt wird, die Große Koalition in Preußen aus nichtigen Gründen zerschlagen und dadurch die Verwirrung angestiftet zu haben. Die Demokratische Partei sei entschlossen, mit aller Kraft an ihrer Politik festzuhalten. Die Sozialdemokratie proklamiert ebenfalls Festhalten an dem bis jetzt verfolgten Weg. So läßt sich nicht übersehen, wo der Hebel angesetzt werden muß, um Preußen aus dem jetzigen chaotischen Zustand seiner inneren Politik herauszuhelfen.

Schweres Grubenunglück in Amerika.

35 Bergleute verschüttet.

Durch eine Explosion in einem Bergwerk in Sullivan (Indiana) wurden 35 Bergleute verschüttet. Zwei der Verunglückten sind bereits als Leichen und drei weitere schwer verletzt geborgen worden. Es besteht wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen. Die Explosion wird auf Kohlengas zurückgeführt. In der Zeche ist auch beträchtlicher Schaden durch die Explosion angerichtet worden.

Eine weitere Meldung besagt: Von 140 Bergleuten, die sich zur Zeit der Explosion in dem Bergwerk befanden, gelang es 100 Mann sich zu retten. Das Bergwerk ist 380 Fuß tief. Die Rettungsarbeiten werden durch die Kohlengase erschwert.

Wirtschaftskatastrophe im Saargebiet.

Eine Denkschrift des Saarlandes an den Völkerbund.

Die Landesratsfraktionen des Saargebietes, Zentrum und Deutsch-Saarländische Volkspartei, haben eine Denkschrift an den Völkerbund gerichtet, in der sie auf die unhaltbare wirtschaftliche Lage des Saargebietes hinweisen, die nach der Zollabschnürung des Saargebietes eingetreten ist. Seit dieser Abschnürung haben die saarländischen Fabriken bereits 30 bis 50 Prozent ihres Absatzes, einige noch mehr, verloren. Die Denkschrift wendet sich an den Rat des Völkerbundes mit der Bitte,

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF